

Das Wissen

## **Ämter ohne Microsoft – Warum Behörden freie Software nutzen wollen**

Von Christian Ertl

Sendung vom: Dienstag, 11. März 2025, 8.30 Uhr

Redaktion: Dirk Asendorpf

Autorenproduktion

Produktion: SWR 2025

**Software im Abomodell ist teuer und die Daten liegen in der Cloud. Erste Behörden wollen sich aus dieser Abhängigkeit lösen und setzen auf freie Software.**

SWR Kultur können Sie auch im **Webradio** unter [swrkultur.de](https://www.swr.de/swrkultur.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR Kultur App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

---

**Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

### **Die SWR Kultur App für Android und iOS**

Hören Sie das Programm von SWR Kultur, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR Kultur App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...  
Kostenlos herunterladen: <https://www.swr.de/swrkultur/swrkultur-radioapp-100.html>

## MANUSKRIFT

*Atmo: Outlook-Benachrichtigung, Teams Klingelton, Annahme und Begrüßung aus dem Laptop-Lautsprecher*

### **Sprecher:**

Unsere Mails, unser Kalender, unsere digitalen Dokumente – mittlerweile liegt das alles meist in der Cloud und konferiert wird im Videocall, alles bezahlt als Abodienst.

### **O-Ton 01 Moreen Heine, Professorin für E-Government an der Universität Lübeck:**

Vorher konnte ich meine Software kaufen und konnte die laufen lassen, jahrelang auf meiner eigenen Infrastruktur. Und diese Möglichkeit habe ich heute bei vielen Anbietern gar nicht mehr.

### **Sprecher:**

Wir kommen mit jedem Gerät, das online ist, an unsere Daten und Kontakte. Allerdings nur, so lange wir zahlen. Und ob sensible Daten von den Cloudanbietern, allen voran Microsoft, nicht doch anders genutzt werden, als wir es wollen, das wissen wir nicht so genau. Für deutsche Behörden wird das zum Problem. Manche sehen ihre digitale Souveränität gefährdet.

*Musikakzent*

### **Ansage:**

Ämter ohne Microsoft – Warum Behörden freie Software nutzen wollen. Von Christian Erll.

### **Sprecher:**

Microsoft, drittgrößtes Unternehmen weltweit und größter Softwarehersteller der Erde. Börsenwert: unvorstellbare drei Billionen US-Dollar. Wie viel Technik von Microsoft abhängt, zeigt sich, wenn sie mal nicht funktioniert. So wie im Sommer 2024, als ein fehlerhaftes Update weltweit Microsoft-Dienste lahmlegte – betroffen waren neben Flughäfen und Banken auch Behörden, Kliniken und andere kritische Infrastruktur:

### **Archivton 02 ARD Brennpunkt Crowdstrike 2024, Ingo Zamperoni ARD 20:15:**

Willkommen zum ARD-Brennpunkt "Weltweites Computerchaos". Wie anfällig sind wir? Der nachfolgende Film verschiebt sich um ca. 10 Minuten. Ein kleiner Softwarefehler mit gigantischen Auswirkungen. Weltweit steht der Alltag in den unterschiedlichsten Bereichen plötzlich still. Eine globale Computerpanne mit Konsequenzen auch bei uns in Deutschland.

### **Sprecher:**

96 Prozent aller Behörden in Deutschland nutzen Microsoft-Produkte. Excel und Word für die Dokumente, Outlook als Mailprogramm, Windows sowieso. In etwa 7 von 10 Behörden werden sogar sämtliche Daten auf Servern von Microsoft gesichert.

Mittlerweile lassen auch ganze Landesverwaltungen, darunter das Bundesland Niedersachsen, ihre Beamten über das Microsoft-Programm Teams in Videokonferenzen gemeinsam an Dokumenten arbeiten. Während die integrierte Künstliche Intelligenz, genannt Copilot, Texte korrigiert oder ergänzt.

Weil das für die tägliche Büroarbeit besonders komfortabel funktioniert, wenn die Programme miteinander verzahnt arbeiten, schnürt Microsoft sie unter dem Namen „365“ zu einem Paket. Und die Frage „Regelmäßig zahlen oder den Zugang verlieren?“, ist für Behörden eigentlich keine echte Wahl mehr, sagt Moreen Heine. Ein Ausstieg aus dem Microsoft-Kosmos ist fast unmöglich, Deutschland digital nicht souverän, meint Moreen Heine, Professorin für E-Government an der Universität Lübeck.

### **O-Ton 02 Moreen Heine:**

Inwiefern habe ich Einfluss auf die Anwendungen, die ich auswähle, die ich nutzen will? Inwiefern habe ich Einfluss auch darauf, wie die Anwendungen sich weiterentwickeln, wie sich die Lizenzmodelle eventuell weiterentwickeln? Und wenn ich da wenig Einfluss habe, dann bin ich eben auch nicht digital souverän. Und wenn der Markt das auch nicht hergibt, dass ich verschiedene Anbieter habe, zwischen denen ich ohne große Probleme tauschen kann, dann habe ich eben durchaus ein Problem.

### **Sprecher:**

Neu ist das eigentlich nicht. 2017 warnten EU-Expertinnen vor steigender Abhängigkeit von Microsoft in Europa. 2019 bescheinigte die Beraterfirma PwC der deutschen Bundesverwaltung, sie sei viel zu abhängig von Microsoft, die digitale Souveränität sei gefährdet<sup>1</sup>.

### *Musikakzent*

### **Sprecher:**

Versuche gegen die Monokultur anzugehen, hat es in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gegeben – von Bundesbehörden bis zu Kommunen, mit sehr unterschiedlichem Erfolg.

Aktuell unternimmt Schleswig-Holstein einen erneuten Anlauf. Die Landesregierung will ihre 30.000 Arbeitsplätze auf Open Source-Software umstellen, also solche, deren Programmcode kein Geschäftsgeheimnis eines US-Konzerns ist, sondern öffentlich und an eigene Bedürfnisse anpassbar. Wird die Software selbst eingerichtet und auf eigener Technik betrieben, ist sie zudem fast immer ohne Lizenzgebühren nutzbar.

### **Atmoton 01 Dirk Schrödter, Digitalminister Schleswig-Holstein:**

So, jetzt müssen Sie mal kurz weggucken. [Tippgeräusche] Das ist die Zweifaktor-Authentifizierung....

---

1

? [https://www.cio.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/marktanalyse-reduzierung-abhaengigkeit-software-anbieter.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.cio.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/marktanalyse-reduzierung-abhaengigkeit-software-anbieter.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

**Sprecher:**

Dirk Schrödter, Digitalminister von Schleswig-Holstein und Chef der Staatskanzlei in Kiel, hat sich an seinen Schreibtisch gesetzt, den Laptop aufgeklappt und den Monitor an das Gerät gestöpselt. Jetzt klickt er sich durch eine Präsentation, die er am Vortag bei älteren CDU-Parteifreunden gehalten hat:

**Atmoton 02 Dirk Schrödter:**

Schrödter: Gestern bei der Seniorenunion – das ist hier Libre Impress. Das ist sozusagen die Entsprechung von Powerpoint. Wo ich ganz normal hier meine Präsentation mache. Und über unsere Digitalstrategie erzähle.

Reporter: Wie erzählen Sie denn der Seniorenunion, was Sie vorhaben?

Schrödter: Naja, so wie ich es an vielen Stellen mache. Ich erkläre, wie wichtig Energiesouveränität ist. Das versteht irgendwie jeder. Weil jeder gerade noch die Situation mit der Gasmangellage vor Augen hat. Und erkläre dann, dass Sie sich mal alle vorstellen sollten, wir wären von einzelnen Anbietern im digitalen Raum so abhängig. Und ein Microsoft würde uns keinen Zugang mehr zu seinen Produkten geben. Und dann herrscht erstmal Ratlosigkeit. Weil niemand wüsste, was er dann zu tun hat. Und das ist ein Aha-Moment. Und dann sage ich: Und deshalb ist es wichtig, dass wir digitale Souveränität schaffen.

**Sprecher:**

Auf 70 Prozent der Arbeitsplätze soll LibreOffice das Microsofts Pendant ersetzen – das ist die Zielmarke bis Ende 2025. Digitalminister Schrödter muss natürlich mit gutem Beispiel voran gehen.

**O-Ton 06 Dirk Schrödter:**

Also ich habe das installiert und auch als Erster installieren lassen. Und ich sage auch, ich will nur noch Dokumente in LibreOffice zugeleitet haben.

**Sprecher:**

Wie aber überzeugt man zigtausende Landesbedienstete, dass sie sich ebenfalls an neue Software gewöhnen müssen, ohne das selbst entschieden zu haben?

**O-Ton 07 Sven Thomsen, CIO Schleswig-Holstein:**

Es gibt E-Learning, es gibt vor Ort Schulungsformate, es gibt ein Forum.

**Sprecher:**

Das ist Aufgabe von Sven Thomsen, Chief Information Officer – kurz CIO des Landes. Mit seinem Team soll er den Systemwechsel möglichst geschmeidig gestalten.

**O-Ton 08 Sven Thomsen:**

Es gibt LibreOffice Cafés, wo wir tatsächlich einzelne Funktionen dann den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern direkt erläutern. Im Zuge der Umstellung gibt es sogenannte Floorwalker. Die sind dann auf den Fluren und fangen die Fragen sofort ab und helfen auch. Aber für zwei bis drei Wochen ist das halt eine Umstellung. Und die altgelernten Klickpfade, wenn ich in Microsoft Office Änderungen nachverfolgen möchte und das aktivieren möchte, wenn ich ein Dokument weiterschicke, dann klicke ich da hin. Bei LibreOffice ist es zwei Menüpunkte davor ganz, ganz unten. So.

Das sind Punkte, das ist ein Störgefühl. Und über dieses Störgefühl müssen die Leute auch hinwegkommen.

**Sprecher:**

Viel Schulung und eine realistische Erwartung – E-Government-Professorin Moreen Heine hält diese Kombination für klug. Und: für unumgänglich!

Durch ihre Forschung zur Akzeptanz von digitalen Systemen weiß sie: Gerade bei alltäglich genutzter Software wie Office sei die Umgewöhnung am aufwändigsten.

**O-Ton 09 Moreen Heine:**

Ich muss mich da einarbeiten, ich muss mich schulen lassen, ich verstehe vielleicht gar nicht, warum das jetzt nötig ist und sehe die Vorteile vielleicht auch nicht so sehr, sondern eher die Nachteile. Das sind die ganz klassischen Fragen von Change Management, die nicht nur im öffentlichen Sektor genauso auftauchen, sondern in allen Organisationen, wo Software geändert wird, kommt man da an die gleichen Probleme, dass man die Menschen eben sehr frühzeitig mitnehmen muss, abholen muss und eben auch die Vorteile klar kommunizieren muss, auch wenn Nachteile gleichzeitig spürbar sind.

**Sprecher:**

LibreOffice ist zudem nur der erste Schritt in den Open Source Plänen von Minister Schrödter. Schon bald sollen die Beamten über die Software Nextcloud gemeinsam an Dokumenten arbeiten. Zudem werden die Maildienste von Microsoft durch Open Exchange ersetzt. Diese Umstellungen bei Cloudspeicher und Mail seien gar nicht so groß wie im Vorfeld befürchtet, meint Felix Gebauer, der zuständige Projektmanager.

**O-Ton 10 Felix Gebauer, Change Manager IT-Arbeitsplatz:**

Also viele Leute denken immer, oje, jetzt habe ich bald kein Outlook mehr, dann kann ich ja nicht mehr arbeiten. Aber wenn die einmal gesehen haben, dass sie halt statt Outlook dann ein anderes Produkt kriegen, was genau das gleiche kann oder teilweise noch besser und auch schicker aussieht, dann ist halt die Angst weg und das ist schon sehr, sehr wichtig tatsächlich.

**Sprecher:**

Tatsächlich sind sowohl Nextcloud als auch OpenExchange zwar Open-Source-Software. Aber beide werden bereits weltweit in Unternehmen eingesetzt. Und: Hinter beiden stecken deutsche Unternehmen. Wenn die Software an den Behördenalltag angepasst werden soll müsse man deshalb nicht aussichtslos bei Microsoft betteln, sondern könne heimische IT-Dienstleister beauftragen oder gar mit dem Hersteller selbst kooperieren, um Änderungen zu programmieren.

**O-Ton 11 Sven Thomsen:**

Es ermöglicht es uns, in eine aktive digitale Wirtschaft zu reinvestieren, weil ich eben nicht einen Abzug von mehreren Millionen Euro für Lizenzzahlungen an ein einzelnes Unternehmen habe, was tatsächlich dann auch nicht mal mehr in Deutschland, in Europa, sitzt, sondern was sich überhaupt in keiner Wertschöpfungskette jetzt hier befindet. Sondern ich es so organisieren kann, dass ich sage, ich habe folgenden Bedarf und wer kann mir dann jetzt helfen und wer kann dann mit mir zusammenarbeiten?

**Sprecher:**

Eine EU-Studie<sup>2</sup> beziffert das Kosten-Nutzen-Verhältnis solcher Investitionen in Open Source Software auf 1:4. Jeder Euro, den der Staat investiert, kommt also vierfach wieder zurück. Würden mehr Institutionen mehr Geld in Open Source stecken, statt an Microsoft zu überweisen, könnte das ein großes Konjunkturprogramm für die europäische Digitalwirtschaft sein, so die Befürworter. Denn Bund und Länder zahlen mittlerweile gigantische Beträge für Computertechnik und Softwaredienste. Der Linken-Politiker Victor Perli erfragt die Summe jährlich. 2023 wurde die Grenze von einer Milliarde Euro erstmals überschritten – und das gleich deutlich. 1,2 Milliarden Euro gaben die Bundesministerien für IT aus – jeder sechste Euro davon ging an Microsoft.

*Musikakzent***Sprecher:**

Auch alle Bundesländer wurden für diese Folge von Das Wissen zu ihren IT-Ausgaben befragt. Einigermaßen vollständig geantwortet haben nur sieben. Von diesen gibt Niedersachsen den größten Anteil für Lizenzen und Dienste von Microsoft aus. Annähernd die Hälfte der 95 Millionen Euro Gesamtausgaben für die IT wandern in die Taschen des US-Softwarekonzerns. Doch im Gegensatz zu seinem nördlichen Nachbarland hält Niedersachsen einen Wechsel zu Open Source trotzdem nicht für sinnvoll. Das sagt Horst Baier, CIO von Niedersachsen.

**O-Ton 12 Horst Baier, CIO Niedersachsen:**

Nach unserer Einschätzung gibt es im Moment noch keine gleichartig leistungsfähigen Produkte aus dem Bereich Open Source oder auch keine guten Alternativen zu den Microsoft-Produkten. Wir haben sicher, sagen wir mal, bei den Kosten von Microsoft Luft nach unten. Also das entwickelt sich auch relativ dynamisch. Aber ich denke, eine Umstellungsaktion, wie das andere Länder machen, dass man die gesamte Verwaltung auf Open Source-Produkte umstellt, würde ich dem Land Niedersachsen nicht empfehlen.

**Sprecher:**

Auch Bedenken beim Datenschutz habe man in langen Verhandlungen mit Microsoft ausgeräumt, so Baier. Zwar ermöglichen US-Gesetze wie der Cloud Act der dortigen Regierung Zugriff auf Kundendaten von US-Unternehmen selbst dann, wenn diese nicht in den USA gespeichert sind. Aber:

**O-Ton 13 Horst Baier:**

Auf der Vertragslage mit Microsoft kann ich das ausschließen. Die haben uns hart zugesichert, dass sie keine Daten rausgeben werden. Wir haben einen Vertrag geschlossen mit Microsoft Deutschland und die Daten liegen auch in Deutschland. Und es ist nicht gestattet nach unseren Verträgen, dass Daten auf andere Staaten übertragen werden außerhalb von Deutschland, auch nicht auf Anforderungen von staatlichen Behörden.

---

2

? <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/study-about-impact-open-source-software-and-hardware-technological-independence-competitiveness-and>

**Sprecher:**

Microsoft selbst hat den Cloud Act bei seiner Verabschiedung vor einigen Jahren stark kritisiert. Doch angesichts der aktuellen US-Politik und schwindendem Widerstand der Techunternehmen gegen US-Präsident Trump gibt Baier zu: Auch er kann sich Szenarien vorstellen, in denen ein Wechsel notwendig würde. Die Schmerzgrenze ist für ihn aber noch nicht erreicht. Denn mit der flächendeckenden Nutzung von Open Source habe Niedersachsen schlechte Erfahrungen gemacht.

**O-Ton 14 Horst Baier:**

Wir haben in der Polizei 15.000 Arbeitsplätze vor einigen Jahren dann auf Linux umgestellt und hatten die Idee, dass man mit Open Source-Produkten dann auch selbstständig die Dinge weiterentwickeln kann, eine Unabhängigkeit haben. Das ist nicht gut gelaufen. Das Problem im öffentlichen Sektor ist, wir haben eine begrenzte Anzahl an IT-Fachkräften. Und die Idee, die viele haben, naja, wir haben vielleicht Open Source-Produkte, die könnten wir dann selber auch weiter pflegen, scheitert aus meiner Sicht in der Verfügbarkeit von personellen Ressourcen.

**Sprecher:**

Weil der Komfort der Microsoft-Produkte unerreichbar sei, könne das wenige IT-Personal produktiver in anderen Bereichen eingesetzt werden.

*Musikakzent*

**Sprecher:**

Dass für eine Open Source Strategie mehr und höher qualifiziertes Personal nötig ist, das hat auch Jutta Kreyß in München gelernt.

**O-Ton 15 Jutta Kreyß, IT-Architektin München:**

Open Source setzt voraus, dass ich selber mehr Skill im Haus habe, dass ich selber mehr technische Fähigkeiten, konfigurativ, pflegetechnisch, dass ich mit einer Community zusammenarbeite. Es ist ein anderer Arbeitsstil und ich muss überlegen, kann ich das, habe ich die Kapazitäten, die Skills in meiner öffentlichen Verwaltung, dass ich das kann?

**Sprecher:**

Kreyß war ab 2009 technische Leiterin im sogenannten LiMux Projekt. 2002 hatte die Stadt beschlossen, auf Open Source Software umzustellen, inklusive dem Betriebssystem Linux. Damals eine international vielbeachtete Entscheidung. Die Umstellung, die Kreyß und ihre Abteilung dabei bis 2017 erreichten, war ähnlich groß wie die, die Schleswig-Holstein heute anpeilt.

**O-Ton 16 Jutta Kreyß:**

80 Prozent von unseren Arbeitsplätzen waren Linux-Rechner und 20 Prozent waren Windows-Rechner. Und das war eine sehr gute Quote.

**Sprecher:**

Auch die Beweggründe für Münchens Wechsel gleichen sich: Oberbürgermeister Christian Ude störte sich an der Macht, die Microsoft über IT-Entscheidungen der Stadt hatte. Denn Microsoft wollte keine Updates mehr für das Betriebssystem

Windows NT liefern, und nötigte die Stadt damit zu einem teuren Update auf Windows 2000.

**O-Ton 17 Jutta Kreyß:**

Das heißt, die Landeshauptstadt München hätte, getriggert durch ein amerikanisches Unternehmen, dieses Pflichtupdate machen müssen. Und die Stadt wollte aber zu dem Zeitpunkt gar nicht ihre Arbeitsplatzrechner aktualisieren. Und dieser Zwang hat beim Christian Ude halt so einen Widerstand bewirkt. Und er hat dann den Limuxumstieg, die Politik initiiert, also erst eine Vorstudie, ein Feinkonzept. Dann sind wir auf Office migriert. Dann kam die eigentliche Betriebssystemmigration. Und er war da immer Pate, und er war auch der politische Rückhalt damals. Und er hat das auch gegen Microsoft dann auch weiter durchgehalten.

**Sprecher:**

Der damalige CEO von Microsoft habe seinen Skiurlaub abgebrochen, um ihn umzustimmen, berichtete Ude damals. Und sogar Bill Gates höchstpersönlich soll es in München versucht haben – ohne Erfolg. Doch weil es in der Kommunikation mit anderen Behörden hakte, die weiterhin Microsoft Word Dokumente nutzten, und der Nachfolger des Oberbürgermeisters für Windows plädierte, kehrte die Stadt in einer tumultartigen Stadtratssitzung letztlich zurück zu Microsoft – nach mehr als einem Jahrzehnt Arbeit.

**O-Ton 18 Jutta Kreyß:**

Das Jahr 2017 war ganz fürchterlich. Wir waren natürlich alle am Boden zerstört, das ist, wir haben das alles mit Herzblut gemacht und haben uns dafür eingesetzt und dann wird das so... ja, hat die Rebellion bewirkt, dass wir von heute auf morgen dann das Projekt dann abgewickelt haben.

**Sprecher:**

Kreyß ist nach wie vor der Meinung: die technischen Probleme, die es fraglos gab, hatten nichts mit der quelloffenen Software zu tun.

**O-Ton 19 Jutta Kreyß:**

Ich glaube schon, dass die Menschen damit zufrieden waren dann damals. Sie haben von uns einen sehr guten Service gekriegt, wir haben die Sachen so konfiguriert, wie sie sie brauchten, wir sind auf jeden Wunsch von den Referaten eingegangen. Was sie halt nicht gekriegt haben: Sie hatten halt zum Schluss nicht ihr Microsoft Office.

**Sprecher:**

Auch heute noch gibt es in der IT-Abteilung der Stadt Menschen, die an Open Source Software mitwirken, der Geist der Idee ist also nicht ganz verloren gegangen. Damals sei die Diskussion aber in einen dogmatischen Kampf ausgeartet: Hier die freie Software-Bewegung, dort der übermächtige Konzern aus den USA. Der aber funktionierende, komfortable Software liefert, während die freien Alternativen immer Bastelei und Flickwerk sind. Die Rückkehr zu Windows ließ sich die Stadt jedenfalls mehr als 86 Millionen Euro kosten.

*Musikakzent*

**Sprecher:**

Und was sagt eigentlich Microsoft selbst zu den aktuellen Unabhängigkeitsbestrebungen der Ämter? Trotz mehrfacher Nachfrage möchte sich das Unternehmen nicht vor dem Mikrofon äußern. Es sei Unternehmenspolitik, Kaufentscheidungen nicht zu kommentieren – vor allem nicht solche gegen Microsoft. Der deutsche PresseSprecher: verweist in einer Mail an Das Wissen darauf, dass das Unternehmen selbst sehr aktiv zu Open Source Software beitrage. Tatsächlich war es ein Microsoft-Mitarbeiter, der im April 2024 eine kritische und extrem gut versteckte Sicherheitslücke fand, die in das Linux-Betriebssystem eingeschleust worden war.

Auf einer umfangreichen Webseite bewirbt Microsoft seine Sicht auf digitale Souveränität. Neben zuverlässigem Schutz in Sachen Cybersicherheit verspricht der IT-Riese aus Seattle dort:

**Zitatorin:**

Im Rahmen des Microsoft-Ansatzes zur Datensouveränität geben wir Regierungskunden die volle Kontrolle über ihre Daten.

**Sprecher:**

Fakt ist zudem: die Liste versandeter Umstellungsversuche auf Open Source und freie Software ist lang – deutlich länger als die der erfolgreichen Projekte<sup>3</sup>. Und einen dauerhaften Verzicht auf Microsoft haben bisher nur sehr wenige behördliche IT-Abteilungen geschafft.

*Atmoton Michael Höfner: „Linux. Da läuft Ubuntu drauf.“*

**Sprecher:**

Eine davon leitet Michael Höfner in Schwäbisch Hall. In der ersten Etage eines kleinen barocken Stadtpalais an der Marktstraße zeigt ein großer Flatscreen in jedem Raum Bilder einer Überwachungskamera im Serverraum, Daten zum Netzwerkverkehr, Virenprüfungen und anstehende Termine. Von einem Aktenschrank blickt ein großer Plüschpinguin in den Raum. Es ist das Maskottchen der Linux-Gemeinschaft, zu der die IT-Abteilung der Stadt zweifelsfrei gehört. Denn schon Anfang der 2000er Jahre hat Schwäbisch Hall Microsoft – und damit auch das Betriebssystem Windows – aus ihrer IT verbannt.

**O-Ton 20 Michael Höfner, IT-Leiter Schwäbisch Hall:**

Geboren ist es aus der Historie, weil 2000... 2003, Schwäbisch Hall seine eigene kleine Finanzkrise hatte und es hier eben noch nicht viele Rechner gab. Die Digitalisierung begann da gerade und so hat man sich dann entschieden – Windows-Lizenzen waren damals noch sehr teuer in dem Umfang –, dass man halt eine Linux-Strategie etabliert, Open Source.

---

3

? [https://de.wikipedia.org/wiki/Open-Source-Software\\_in\\_%C3%B6ffentlichen\\_Einrichtungen#Senatorin\\_f%C3%BCr\\_Bildung\\_und\\_Wissenschaft\\_in\\_Bremen](https://de.wikipedia.org/wiki/Open-Source-Software_in_%C3%B6ffentlichen_Einrichtungen#Senatorin_f%C3%BCr_Bildung_und_Wissenschaft_in_Bremen)

**Sprecher:**

Heutzutage, da Windows auf nahezu jedem gekauften PC oder Laptop bereits vorinstalliert ist, sei dieser Kostenfaktor fast nicht mehr ausschlaggebend, sagt Höfner. Eher der Sicherheitsaspekt und die vielbeschworene digitale Souveränität. Widerwillen oder Beschwerden über den fehlenden Komfort von Microsoft-Produkten bekomme er aus den Amtsstuben äußerst selten zu hören.

*Atmoton 03 Stadtarchiv:*

*Linder: Wenn ich jetzt das scannen möchte, drück ich einfach hier auf Scan.  
[Scangeräusch] Dann fährt einmal dieses Ding drüber.*

**Sprecher:**

Im Keller des Stadtarchivs von Schwäbisch Hall scannt Archivarin Corinna Linder eine Handschrift aus dem 16. Jahrhundert. Wenige Sekunden später können sie und ihre 18-jährige Kollegin in Ausbildung Marlene Bauer auf das Bild zugreifen. Die Zeichnung in dem Scan stammt aus dem Bauernkrieg und soll an eine Grafikerin verschickt werden. Für die Archivarinnen kein Problem, obwohl sie aus der Schule nur Microsoft Software kannten. An Lehrkräfte und Schüler verschenkt Microsoft seine Produkte nämlich. Kritiker sagen: Um sie so an sich zu binden.

**Atmoton 04 Corinna Linder und Marlene Bauer, Archivarin bzw. Auszubildende:**

Linder: Also ich habe damit kein Problem, funktioniert gut und ich finde mich auch relativ gut zurecht. Man muss selber schon ein bisschen Ordnung halten, aber das ist ja auch bei Windows so.

Bauer: Ja, also ich habe jetzt zum Beispiel auch in der Schule immer, hatten wir auch Windows und Word und Excel und so, also ich hatte das vor der, also ich habe ja auch die Ausbildung gemacht und davor kannte ich es auch nicht, aber es war jetzt keine große Umstellung tatsächlich. Also auch vom Verhalten her, man hat ja bei Windows auch theoretisch ein Symbol, hier haben wir halt Menü und dann hat man hier die ganzen Programme, also eigentlich recht intuitiv.

Linder: Das ist relativ selbsterklärend eigentlich.

**Sprecher:**

Keine Selbstverständlichkeit, sagt IT-Chef Höfner. Sein Team habe viel Arbeit darauf verwendet, die Bedienung möglichst windows-ähnlich zu gestalten.

**O-Ton 22 Michael Höfner:**

Dieser Wiedererkennungswert, der führt eben dazu, dass die Leute gut damit arbeiten können. Dass eben eine Oberfläche geboten wird, die nicht zu befremdlich ist, nicht zu minimalistisch, sondern die dem normalen Arbeitsumfeld gleicht. Und ja, der Rest sind Kleinigkeiten, an die man sich schnell gewöhnt.

**Sprecher:**

Produktivitätsverluste gebe es zwar gelegentlich. Aber eigentlich nur dann, wenn benötigte Software nicht in Open Source, sondern nur proprietär erhältlich ist. Aktuell fehle zum Beispiel eine Open Source-Software für die Langzeitarchivierung. Weil das aber eine Pflichtaufgabe der Stadt ist, muss Höfner bei solchen

Spezialanwendungen die zweitbeste Variante wählen und die Software als Dienstleistung einkaufen. Sie läuft dann über einen Fernzugang im Browser. Kein Verständnis hingegen hat Höfner, wenn Bundesbehörden ihn zum Einsatz von Microsoft-Produkten zwingen. Über die Bundesdruckerei kann er sich deshalb richtiggehend aufregen.

**O-Ton 23 Michael Höfner:**

Ich habe wirklich viel mit denen diskutiert und gesagt, ich möchte gerne flächendeckend Linux machen. Könnt ihr mir bitte einen Treiber für Linux liefern? Und die Antwort war, Linux gehört nicht zur Strategie der Bundesdruckerei.

**Sprecher:**

Die Ausweisscanner der Bundesdruckerei stehen aber in jedem Bürgeramt Deutschlands. Und betreiben lassen sie sich auch im Jahr 2025 nur mit dem Microsoft-Betriebssystem. Damit die Beamten im Bürgeramt eine neue Adresse – etwa bei einer Ummeldung – auf den Personalausweis schreiben können, muss Höfner also extra einen Windows-Rechner in einem kommunalen Rechenzentrum mieten. Mit solchen Abhängigkeiten von einem Betriebssystem müsse Schluss sein, wenn Behörden selbstbestimmt und digital souverän ihre IT betreiben wollten.

**O-Ton 24 Michael Höfner:**

Es liegt im Trend, plattformunabhängig zu arbeiten. Weil die Leute heutzutage alles Mögliche auf dem Tablet machen. Und das wiederum ja kein Windows ist im Normalfall, sondern am besten noch Apps, die dafür optimiert wurden. Oder im einfachsten Fall einfach nur im Webbrowser laufen.

*Musikakzent*

**Sprecher:**

Auch der Bund scheint das mittlerweile erkannt zu haben. Das Bundesinnenministerium hat 2022 das ZenDIS gegründet, das Zentrum für Digitale Souveränität. In einem kleinen Team wurde dort der Behörden-Arbeitsplatz openDesk entwickelt und eine erste Version im Herbst 2024 veröffentlicht. Im Hintergrund laufen die gleichen Programme, die auch Schleswig-Holstein schrittweise einführen möchte: Cloudspeicher mit gemeinsamer Möglichkeit an Dokumenten zu arbeiten, Mail und Kalender, Chat. Alexander Smolianitski leitet die Entwicklung und berichtet von großem Interesse:

**O-Ton 25 Alexander Smolianitski, Produktentwickler:**

Also der Bedarf ist da momentan. Wir haben über Tausend Anfragen, die wir jetzt gerade sukzessive abarbeiten.

**Sprecher:**

Nach Angaben von Smolianitski wird openDesk mittlerweile von einer fünfstelligen Zahl an Nutzerinnen und Nutzern getestet. Die säßen vor allem in Kommunen. Denn nach Smolianitskis Erfahrung ist dort der Handlungsdruck am größten. Sie suchten nach Alternativen zu Microsofts „Sorglos aber teuer“-Paket.

**O-Ton 27 Alexander Smolianitski:**

Was wir mit OpenDesk machen, ist, dass wir ja nicht nur eine Open-Source-Lösung den Leuten bereitstellen, sondern tatsächlich ja auch den Support und auch, wenn notwendig, den Betrieb und das Hosting übernehmen, so dass es nicht mehr so wirkt wie irgendwie, ah, das ist irgendwie irgendwas aus der Nerd-Ecke gekommen, sondern es ist etwas, was tatsächlich gute Software ist mit einem vernünftigen Service, sodass du dir eigentlich keine Sorgen machen müsstest darüber, was das irgendwie am Ende des Tages für ein Produkt ist.

**Sprecher:**

Letztlich also auch ein Abomodell. Nur eben in Kooperation mit einem deutschen Cloud-Anbieter und mit dem Versprechen, die nutzenden Behörden nicht in einen goldenen Käfig zu sperren, der zwar komfortabel, aber schwierig zu verlassen ist. Ob Smolianitski und sein Team weiter viel Energie in die Software stecken können, hängt allerdings vom Bundeshaushalt 2025 ab. Schon von 2023 auf 2024 waren die Mittel des ZenDIS mehr als halbiert worden. Dabei sei neben der verlässlichen Finanzierung politischer Rückhalt entscheidend, sagt E-Government Professorin Moreen Heine.

**O-Ton 28 Moreen Heine:**

Vor einigen Jahren gab es mal eine Studie<sup>4</sup> aus den Niederlanden und da wurde ganz klar, dass die politische Unterstützung extrem wichtig ist beim Einsatz von Open Source, weil das ja schon nochmal was anderes ist, ob ich sage, aus Gründen der digitalen Souveränität wechseln wir jetzt unsere Systeme, oder wenn ich sage: wir wechseln das System, weil es aus fachlicher Sicht nötig ist oder weil es aus technischer Sicht nötig ist. Das ist nochmal eine ganz andere Begründungsebene und da hat sich eben gezeigt, dass die politische Führung da extrem wichtig ist, das politische Commitment hinter so einer Entscheidung.

**Sprecher:**

Denn von der Bundesdruckerei bis zur kommunalen Friedhofsverwaltung gebe es unzählige Akteure, die eingebunden und oft auch überzeugt werden müssten. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein scheint derweil entschlossen, diesen Rückhalt zu bieten. Auch wenn Digitalminister Schrödter sich im Klaren darüber ist, dass er ein Risiko eingeht. Das zudem wächst, je wichtiger IT wird:

**O-Ton 29 Dirk Schrödter:**

Funktionierende IT-Systeme sind systemkritisch. Vollständig systemkritisch. Und da kann man es sich natürlich einfach machen und sagen, wir nutzen die Systeme, die wir haben, und wenn da mal was nicht funktioniert, dann kann ich das schön zu einem großen Konzern am anderen Ende der Welt schieben. Und hier gehen wir schon in eine Verantwortung, aber wir müssen diese Verantwortung für das Schaffen von digitaler Souveränität in unserem Land wahrnehmen.

---

4

? <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0740624X15000258>

**Sprecher:**

Die Kontrolle über die eigenen Daten zurück bekommen, weniger Abhängigkeit von einem einzelnen Software-Hersteller in den USA, ein Konjunkturprogramm für die lokale IT-Wirtschaft in Deutschland und Europa – all das führen Befürworter als gute Gründe für einen Umstieg auf Open Source an. In der Praxis dürfte aber viel wichtiger sein, wie gut neue Software bei denjenigen ankommt, die sie nutzen.

Und: Wie häufig Probleme auftreten. Denn, wie so oft bei Technik, ist die Änderung dann am stärksten spürbar, wenn etwas schief läuft.

**Abspann:**

Das Wissen (mit Soundbett)

**Sprecher:**

Ämter ohne Microsoft – Warum Behörden freie Software nutzen wollen. Autor und Sprecher: Christian Erll. Redaktion: Dirk Asendorpf.

Abbinde